

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/149

Bad Godesberg, den 8. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Zwischenbilanz 36

SPD stellt in Bund und Ländern die meisten Abgeordneten

2 - 3 Für größeren Wohlstand 67

Konzertierte Aktion ein erster Versuch

Von Walter Hesselbach,

Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft

4 MörgeIn aus Gewohnheit ? 46

FDP kritisierte Bundesverkehrsminister Leber "auf Vorschub"

* * *

SELBSTBESTIMMUNG UND ZINGLIEDERUNG bringt heute:

Völkerrechtswidrige Annexion

Zwischenbilanz

SPD stellt in Bund und Ländern die meisten Abgeordneten

sp - Zwei Jahre nach der Bundestagswahl im September 1965 und den seither stattgefundenen Wahlen in acht Bundesländern ergibt sich für die Zusammensetzung des Bundestages und der Länderparlamente folgendes Bild.

In den elf Landesparlamenten sind zur Zeit 1 349 Abgeordnete. Auf die einzelnen Parteien entfallen hiervon für die

- * SPD 645 Abgeordnete,
- * CDU 458 Abgeordnete,
- * CSU 110 Abgeordnete,
- * FDP 90 Abgeordnete,
- * NPD 40 Abgeordnete.

In Bremen bekennen sich vier Abgeordnete zur DP, können aber wohl der Thielen-Richtung in der zerstrittenen NPD zugerechnet werden. In Bayern gibt es noch einen NPD-Abtrünnigen und in Schleswig-Holstein einen Abgeordneten der dänischen Minderheitspartei SSW.

Die Sitzverteilung im Bundestat ist wie folgt:

- * SPD 217 Abgeordnete,
- * CDU 202 Abgeordnete,
- * FDP 50 Abgeordnete,
- * CSU 49 Abgeordnete.

Die SPD verfügt also in Bund und Ländern über 662 Abgeordnete, denen 619 Abgeordnete der CDU/CSU gegenüberstehen.

Die Zahl der Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die weder der CDU/CSU noch der SPD angehören, beträgt insgesamt 186. Die SPD ist somit unbestritten die politische Partei in der Bundesrepublik, welche in Bund und Ländern zusammengenommen jetzt die meisten Parlamentarier stellt. In der Bundesregierung ist die Sozialdemokratie maßgebend vertreten. In sechs der elf Bundesländer ist sie Regierungspartei oder stellt die Regierung allein.

Im Herbst 1969 wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Wahl eines neuen Bundespräsidenten, der bekanntlich von der Bundesversammlung - also den Abgeordneten des Bundestages und den Vertretungen der Länderparlamente - gewählt wird, steht schon im Juli 1969 an, da das jetzige Staatsoberhaupt, Dr. Heinrich Lübke, nach zwei Amtsperioden nicht wiedergewählt werden kann. Bis dahin müssen noch in drei Bundesländern die Landesparlamente neu gewählt werden.

Für größeren Wohlstand

Konzertierte Aktion ein erster Versuch

Von Walter Hesselbach,
Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft

Erdlich, mit zwanzigjähriger Verspätung, wird das wissenschaftliche Instrumentarium der modernen Nationalökonomie erstmalig in der Wirtschaftspolitik eingesetzt. Was in Bonn auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik heute geschieht, leuchtet, trotz größter Bemühungen des Wirtschaftsministers, nicht sofort jedermann ein. Liegt jetzt tatsächlich ein logisches Konzept vor? Auf diese Frage möchte ich sofort mit Ja antworten. Bei genauem Hinsehen lösen sich Widersprüche weitgehend auf, wobei man allerdings hinzufügen muß, daß den politischen Momenten bei dieser Wirtschaftspolitik ein nicht unbeträchtliches Opfer gebracht werden muß.

Die konzertierte Aktion ist ein erster Versuch eines Überganges zur neuen Wachstumspolitik. Die konzertierte Aktion kommt darauf hinaus, daß man versucht, die einzelnen Gruppen vor zu hohen Forderungen an das Sozialprodukt zurückzuhalten. In den vergangenen Jahren glich der Kampf ums Sozialprodukt unter den einzelnen Gruppen fast den Wetttrüsten zwischen großen Nationen. Eine Forderung führte sofort zu einer erhöhten Forderung bei einer anderen Gruppe. Die Erhöhung des Preisniveaus war dabei die einzige Form, mit dessen Hilfe die Ansprüche letztlich auf einen Nenner gebracht wurden. Dieses Wettfordern gilt es nun zu bremsen, das ist der Sinn der konzertierten Aktion. Neben dieser preisniveaustabilisierenden hat sie dann noch eine zweite Funktion, nämlich eine politische. Sie ist moral suasion, mit deren Hilfe die Ansprüche der einzelnen Gruppen zurückgedrängt werden sollen, um Mittel für höhere öffentliche Investitionen freizuräumen.

Seit einer Reihe von Jahren mehren sich die Stimmen, daß in den vergangenen 15 Jahren zu einseitig der private Konsum gefördert und die öffentlichen Dienste darüber vernachlässigt wurden. Daß dies tatsächlich so ist, weiß jeder von uns. Die Straßen sind verstopft, es fehlt noch an Schulen, an Universitäten, die Flüsse sind verunreinigt, die Luft voller Ruß, die Landschaft zersiedelt.

Der öffentliche Sektor - zu dessen zentralen Teil ich heute die Forschung rechnen möchte - muß hinfertig kräftig gefördert werden. Das Defizit wird hier zudem von Jahr zu Jahr größer; denn mit steigendem allgemeinem Wohlstand werden die öffentlichen Dienste für alle zuneh-

merde interessanter. Wenn in der Kette der Bedürfnisse die Grundbedürfnisse, wie Essen, Kleiden und Wohnen, im wesentlichen befriedigt sind, tauchen bekanntlich neue Bedürfnisse auf. Und bei den dann auftauchenden neuen Bedürfnissen spielt die Vorleistung der öffentlichen Hand eine immer größere Rolle. Wenn ferner die Tages- und Gegenwartsbedürfnisse einen gewissen Sättigungsgrad erreicht haben, dann treten die Zukunftsbedürfnisse mehr ins Bewußtsein. Und hierzu zählen die Alterssicherung, die Ausbildung der Kinder und die wissenschaftliche Forschung.

Indem man den öffentlichen Investitionen eine höhere Priorität einräumt, schaltet man gleichzeitig schrittweise auf eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik um. Man stellt die zukunftssträchtigen und zukunftsfördernden Investitionen in den Vordergrund, damit das volkswirtschaftliche Wachstum insgesamt schneller zunimmt.

Warum brauchen wir ein höheres Wachstum? Wir brauchen eine hohe Wachstumsrate, damit wir, ohne daß der private Verbrauch eingeschränkt zu werden braucht, die vielen neuen Aufgaben in Angriff nehmen können, die auf uns zukommen. Erstens sollte auch hinfert ein Teil des Wachstums nicht allein im höheren Konsum, sondern in der Gestalt von mehr Freizeit "verbraucht" werden. Zweitens läßt sich bei hohem Wachstum die Fülle der eben unrisseren neuen zusätzlichen Aufgaben in Angriff nehmen. Ein hohes Wachstum ist drittens nötig, damit das Wohlfahrtswesen ausgebaut werden kann. Bei wachsendem Einkommen wird der Wunsch nach einer guten Altersversorgung und Krankheitssicherung drängender empfunden.

Ich glaube, daß wir mit einem hohen Wachstum alle die Fragen in angemessener Zeit lösen können, die mit wirtschaftlichen Mitteln zu lösen sind. Je höher das Wachstum, um so mehr ist möglich, ohne auf die stetige schrittweise Erhöhung der privaten Lebenshaltung sowie auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit verzichten zu müssen. Angesichts eines ständig steigenden Sozialproduktes ist es ferner möglich, und das halte ich nicht für das unwichtigste Argument für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, die berechtigten Forderungen der einzelnen Gesellschaftsgruppen jeweils parallel Zug um Zug zu befriedigen. Bei hohem Wachstum kann der Wohlstand aller gehoben werden.

Nörgeln aus Gewohnheit ?

FDP kritisierte Bundesverkehrsminister Leber "auf Vorrat"

sp - Für den Herbst ist die Veröffentlichung des Gesamtverkehrsplanes angekündigt, an dem seit Monaten alle Referate des Bundesverkehrsministeriums arbeiten, um die von Minister Leber gesetzten Termine einhalten zu können. Um zu verhindern, daß Interessenten sich auf Teile des Gesamtplanes vorzeitig "einschießen", hat es der Bundesverkehrsminister bisher mit Erfolg vermieden, daß sein Konzept zu früh in Detail bekannt wird.

Daß erste Verbände bereits vorsorglich Wünsche geltend machen - der Deutsche Industrie- und Handelstag sorgt sich beispielsweise wegen eventueller Einschränkungen beim Werksfernverkehr - mag ja noch angehen. Daß aber die parlamentarische Opposition sich bereits nörgelnd mit einem Konzept auseinandersetzt, das sie noch gar nicht kennt, ist nicht zu verstehen. Denn natürlich werden nicht nur die Verbände, sondern vor allem auch die parlamentarische Opposition reichlich Gelegenheit haben, sich zum Gesamtverkehrsplan zu äußern.

Die FDP wird sogar bessere Vorschläge machen können, sofern sie welche haben sollte. Wenn die FDP aber heute, da noch nicht einmal die verschiedenen Bundesressorts gehört werden konnten und ein Kabinettsbeschluss noch einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, schon davon spricht, es falle schwer, "hier nicht schon Schatten eines Dirigismus zu sehen", dann hat dies mit einer ernsthaften Auseinandersetzung in der Sache gewiß nicht viel zu tun.

Daß ein Gesamtverkehrsplan not tut, weil diese Probleme während der Regierungsbeteiligung der Freien Demokraten nicht vorangebracht wurden, hat die FDP zuletzt auf ihrem Bundesparteitag 1965 in Frankfurt bekundet. Aber Innenminister Willy Weyer hatte damals auch keine Rezepte, sondern nur ein Bündel Fragen zur Hand:

- * "Eine wichtige Aufgabe ist im Bereich des Verkehrs gestellt. Von
- * ihrer Lösung hängt entscheidend die wirtschaftliche und industri-
- * elle Zukunft unseres Landes ab. Wann nutzen wir hier die ameri-
- * kanischen Erfahrungen? Wo bleibt die Koordinierung von Luft, Was-
- * ser, Schiene und Straße? Wo bleibt die Trennung von LKW- und PKW-
- * Verkehr, und sei es auch nur in der Planung? Welche Lösungsmög-
- * lichkeiten werden für den innerstädtischen Verkehr, den ruhenden
- * Verkehr und den Zubringerverkehr angeboten? Wann lichten wir end-
- * lich den Schilderwald, der eine Konzentration des Kraftfahrers
- * auf den Straßenverkehr verhindert?"

Und Herr Minister Weyer schloß seine Ausführungen zur bundesdeutschen Verkehrspolitik mit dem Satz: "Viele Fragen - und wenig Antworten von Herrn Seebach."

Daß die FDP auf ihre Fragen so wenig Antworten von ihrem damaligen Koalitionspartner erhalten hat, ist natürlich zu bedauern. Unverständlich muß es aber bleiben, daß die FDP dem Nachfolger von Minister Seebach fürsorglich einmal gleich nörgelnd ins Wort fällt, wenn dieser sich anschickt, auf die entscheidenden Fragen der deutschen Verkehrspolitik konkret und ohne Populartätshascherei zu antworten.